

908/J XXIII. GP

Eingelangt am 05.06.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Inneres
betreffend Grenzüberwachung trotz Schengenerweiterung

Wie der Tageszeitung „Kurier“ vom 16. Mai 2007 entnommen werden kann, dürfte die bestehende Grenzüberwachung an der österreichischen Staatsgrenze und somit an der heutigen Schengen-Außengrenze trotz einer allfälligen möglichen Schengen-Erweiterung bis zum Ende der EURO 2008 fortgesetzt werden.

Wörtlich schreibt die Tageszeitung: „Bis zur EURO 2008 bleibt die Grenzüberwachung in NÖ unverändert. Das vereinbarte Landeshauptmann Pröll mit Kanzler Gusenbauer. In dieser Zusammensetzung war es das erste Gipfeltreffen. Kanzler Gusenbauer tourte gestern durch St. Pölten. Seine Besuchsrunde führte ihn nicht nur in die Kurier-Redaktion. Ganz oben auf seinem Terminkalender stand ein Treffen mit Landeschef Pröll. Dass beide Politiker nicht nur ungewöhnlich freundliche Töne - "Lieber Erwin" und "Lieber Alfred" - austauschten, wurde im Anschluss an die Unterredung klar. Sowohl bei der Frage der Grenzsicherung nach dem Ende der Kontrollen zu Tschechien und der Slowakei als auch bei der Frage nach Schulversuchen signalisierten Gusenbauer und Pröll unerwartet Einigkeit.“

Das sind die wesentlichsten Ergebnisse: Sollten, wie von der EU angedacht, die Grenzkontrollen zu Tschechien und der Slowakei mit 1. Jänner 2008 fallen, würde in Niederösterreich trotzdem weder ein Polizist noch ein Soldat von der Grenze abgezogen. Das soll zumindest bis zur Fußball-Europameisterschaft so bleiben. In welchem Umfang es danach einen schrittweisen Umbau geben könne, hänge von der Sicherheitsentwicklung ab. Für Pröll ist es derzeit noch keineswegs "ausgemachte Sache", dass Tschechien und die Slowakei mit Jahreswechsel die Sicherung der EU-Außengrenze übernehmen werden. Auch Gusenbauer pflichtete bei, dass beide Länder die internationalen Sicherheitsnormen zu erfüllen haben. Die Überprüfung dazu erfolgt im kommenden Herbst. ...“

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres folgende

Anfrage:

1. Wie viele Exekutivbeamte waren mit 1. Mai 2007 in Niederösterreich im Grenzeinsatz?

2. Wie viele Planstellen für Exekutivbeamte gibt es 2007 für den Einsatz an der niederösterreichischen Staatsgrenze?
3. Wie viele Exekutivbeamte waren mit 1. Mai 2007 insgesamt an der österreichischen Schengen-Außengrenze im Einsatz?
4. Wird es einen Abzug der Exekutivbeamten von der Grenze geben, wenn mit 1. Jänner 2008 die Schengen-Erweiterung kommt?
5. Was passiert mit den an der Grenze stationierten Exekutivbeamten nach der Schengen-Erweiterung?
6. Wenn es keinen Abzug gibt, wie lange werden die Exekutivbeamten an der Grenze stationiert bleiben?
7. Welche anderen Maßnahmen zur Grenzüberwachung sind nach der Schengen-Erweiterung geplant?
8. Warum werden nur in Niederösterreich, so wie dies dem Artikel zu entnehmen ist, die Exekutivbeamten im der Grenzüberwachung belassen?
9. Wie soll das von Ihnen in der Anfragebeantwortung 569/AB genannte, das vernetzte umfassende Ausgleichsmaßnahmensystem, das als Ersatz zum Entfall der Grenzkontrolle wesentlich verstärkte Überwachungsmaßnahmen primär im grenznahen Raum, in Ballungszentren sowie auf den Transitrouten im Straßen- und Schienenverkehr vorsieht, konkret aussehen?